

## Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

### Stellungnahme des Senats

zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 21. November 2007

„Gesamtkonzept für Orte des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945 in Hamburg“  
und Sachstandsbericht über die Aktivitäten zur Gestaltung des Lohseplatzes  
– Drucksache 18/6962 –

#### I.

##### 1. Anlass

Am Ende der letzten Legislaturperiode hatte die Bürgerschaft vor dem Hintergrund der Diskussion um die Gestaltung des Lohseplatzes in der Hafencity nach Beratung im Kulturausschuss am 30. Oktober 2007 (Drucksache 18/7337) mit Beschluss vom 21. November 2007 den Senat ersucht:

1. „ein Gesamtkonzept für die Schaffung, Unterhaltung und Pflege sowie die Nutzung von „Orten des Gedenkens an die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945 in Hamburg“ vorzulegen und der Bürgerschaft zu berichten.

Das Konzept soll

- a) eine Vervollständigung und laufende Aktualisierung der vorliegenden Auflistung „Gedenkstätten in Hamburg. Ein Wegweiser zu Stätten der Erinnerung an die Jahre 1933–1945“ beinhalten (siehe auch [www.gedenkstaetten.hamburg.de](http://www.gedenkstaetten.hamburg.de));
- b) festlegen, in welchem Verhältnis die bereits bestehenden Orte des Gedenkens zueinander und zu zukünftig hinzukommenden Orten bezüglich ihrer Gestaltung, inhaltlichen Schwerpunkte und pädagogischen Angebote stehen sollen;
- c) die bisherigen Maßnahmen (insbesondere die in öffentlicher Trägerschaft befindlichen Einrichtungen und die Tafelprogramme) sinnvoll und angemessen

integrieren und für die KZ-Gedenkstätte Neuen-  
gamme eine zentrale Rolle vorsehen;

- d) möglicherweise zukünftig als Gedenkort hinzukommende, historisch bedeutsame Stätten, die von den nationalsozialistischen Verbrechen oder dem Widerstand zeugen, auflisten.

2. der Bürgerschaft vor Ende der 18. Wahlperiode über den Sachstand bei der Gestaltung des Lohseplatzes berichten.“ (Drucksache 18/6962)

Der Sachstandsbericht über die Aktivitäten zur Gestaltung des Lohseplatzes wurde der Bürgerschaft bereits mit einer Unterrichtung des Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft vom 8. Januar 2008 zugeleitet (Drucksache 18/7680; Plenarprotokoll 18/97).

##### 2. Bürgerschaftliches Ersuchen, Ziff. 1.a): Bestandsaufnahme

Nach einer langen Zeit des Verschweigens und der Verdrängung, die bis in die 1970er Jahre reichte, wird heute in Hamburg in vielfältiger Weise an die Zeit des Nationalsozialismus und die Opfer des NS-Regimes erinnert. Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte, das Institut für die Geschichte der deutschen Juden und das von privater Initiative getragene Hamburger Institut für Sozialforschung gelten international als wegweisende Impulsgeber für die Forschung über den Nationalsozialismus. Von Hamburg aus wurden renommierte Schülerprojekte initiiert; zu nennen sind hier in erster Linie der von der Körber-Stiftung seit 1973 ausgeschriebene „Geschichtswettbe-

werb des Bundespräsidenten“, der seit 1998 für besondere Projekte in den Bereichen Erinnerungsarbeit, Zivilcourage, Integration und Demokratieförderung an Hamburger Jugendliche verliehene „Bertini-Preis“ und die im gleichen Jahr gegründete Jugendinitiative Step 21 für Toleranz und Verantwortung, die international orientierte, medienpädagogische Projekte realisiert. Ein weiterer Meilenstein der Hamburger Erinnerungskultur ist das seit 1965 stattfindende Besuchsprogramm für die in der Nazi-Zeit vertriebenen ehemaligen jüdischen Hamburgerinnen und Hamburger, das seit 2000 um ein Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ergänzt ist. Zu verweisen ist auch auf zahlreiche kulturelle Aktivitäten der Theater, der Museen, der Geschichtswerkstätten, der Bücherhallen und vieler privater Initiativen.

In besonderer Weise zeugen die Gedenkstätten vom Bedeutungszuwachs der Erinnerungskultur. An zahlreichen historischen Orten, die von Verfolgung und Leid in den Jahren 1933 bis 1945 zeugen, befinden sich heute in Hamburg Gedenkstätten: auf dem Gelände einstiger Verfolgungsstätten und Lager ebenso wie an Stätten jüdischer Geschichte sowie an Orten, die den Schrecken des Bombenkrieges dokumentieren. Mit dem Verlust derjenigen, die aus eigenem Erleben berichten können, wird den Orten zukünftig noch stärker die Aufgabe zuwachsen, als sichtbare Zeugen die Erinnerung und das geschichtliche Vermächtnis zu wahren.

Die durch die KZ-Gedenkstätte Neuengamme und die Landeszentrale für politische Bildung im Auftrag von Bürgerschaft und Senat erarbeitete und publizierte Bestandsaufnahme „Gedenkstätten in Hamburg“ wurde am 19. Januar 2009 im Rathaus durch den Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft der Öffentlichkeit vorgestellt. Über die Buchveröffentlichung (Anlage 1) hinaus, die als stadtteilbezogener Wegweiser zu den historischen Orten konzipiert ist, erfolgte eine Präsentation der Ergebnisse der Bestandserhebung unter stärkerer inhaltlicher Gewichtung auch durch die Wanderausstellung „Die Orte bleiben“ (Anlage 2), die erstmals anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus vom 20. Januar bis zum 13. Februar 2009 im Hamburger Rathaus zu sehen war.

Der Gedenkstättenwegweiser und die Ausstellung dokumentieren, dass es verschiedene Programme und unterschiedliche Wege der Annäherung gibt, um Orte zu markieren, die an Opfer des NS-Regimes oder besondere Ereignisse der Jahre 1933 bis 1945 erinnern.

Die häufigste Art der Kennzeichnung geschieht mit Informationstafeln, von denen es in Hamburg eine große Anzahl gibt. Zur Kennzeichnung historischer Stätten trugen die von der Kulturbehörde Anfang der 1980er Jahre entwickelten und vom Denkmalschutzamt durchgeführten Beschilderungsprogramme bei. In Anlehnung an die blauen Tafeln für stadtgeschichtlich bedeutsame, denkmalgeschützte Gebäude wurden Stätten der Verfolgung und des Widerstandes mit schwarzen Tafeln sowie Stätten jüdischen Lebens mit bronzenen Tafeln versehen. Mit den Tafelprogrammen wurden bislang insgesamt über 40 Standorte markiert, die an die Ereignisse der Jahre 1933 bis 1945 und die Zerstörung jüdischer Einrichtungen durch die Nationalsozialisten erinnern (Anlage 3). Während das Programm „Stätten jüdischen Lebens“, das auch Bauzeugnisse aus den vergangenen Jahrhunderten einschloss, nach der Anbringung von 15 Bronzetafeln Ende 1985 abgeschlossen wurde, fanden auch in den letzten Jahren noch mehrfach Ergänzungen des durch das Denkmalschutzamt

betreuten Programms „Stätten der Verfolgung und des Widerstandes 1933–1945“ statt. Die schwarzen Tafeln werden inzwischen zweisprachig deutsch/englisch ausgeführt. Das Programm wird fortgeführt: So konnte nach langjährigen Bemühungen am 26. Oktober 2009 an dem heutigen Bürogebäude St. Georgsburg, Spaldingstraße 160, eine schwarze Tafel angebracht werden, die an das größte Hamburger Außenlager des KZ Neuengamme erinnert, in dem bis zu 800 Häftlinge zu Tode kamen. Mit dem Tafelprogramm, dessen Schwerpunkte die Dokumentation des staatlichen Unterdrückungsapparates und des Widerstandes bilden, der stillschweigenden Integration der „Tatorte“ in das Alltagsleben entgegengewirkt und ihre verdrängte Geschichte wieder öffentlich bewusst gemacht werden soll, werden in erster Linie aufklärerische Ziele verfolgt. Dieses wird durch die schlichte Art der Informationstafeln unterstrichen, die sich deshalb bewusst von Gedenktafeln unterscheiden. Die starke Begrenzung der Textmenge auf 500 Zeichen setzt allerdings den Informationsmöglichkeiten enge Grenzen.

Aber auch außerhalb dieser durch den Senat realisierten Programme entstanden zumeist aus bezirklicher, stadtteilbezogener oder privater Initiative zahlreiche Gedenktafeln, die an bedeutende Stätten, Personen oder geschichtliche Ereignisse erinnern. Zu nennen sind hier aus jüngerer Zeit die am 24. März 2003 am Ort des früheren Gutes Hohenbuchen eingeweihte Gedenktafel, die an den ersten, am 13. März 1942 in Hamburg öffentlich hingerichteten Zwangsarbeiter erinnert, die am 1. August 2005 im ehemaligen Hof des Altonaer Gerichtsgefängnisses angebrachte Tafel für die vier ersten, am 1. August 1933 mit dem Handbeil hingerichteten Justizopfer des „Dritten Reiches“, die am 8. Mai 2009 auf dem Gelände der Asklepios Klinik Nord eingeweihte Tafel zum Gedenken an 4097 Patientinnen und Patienten, die aus der damaligen „Heil- und Pflegenanstalt Langenhorn“ im Zuge der „Euthanasie“ in Tötungs- und Verwahranstalten verlegt wurden, sowie zwei Informationstafeln, die seit dem 19. April 2007 bzw. dem 23. September 2009 auf die ehemaligen Zwangsarbeiterlager Moortwiete und Lederstraße am Schulgelände der Max-Brauer-Schule und am S-Bahnhof Stellingen hinweisen. Weitere Tafeln erinnern beispielsweise an die Hamburger Gestapoleitstelle (Stadthausbrücke), an den Terror gegen Gewerkschafter (DGB-Haus, Besenbinderhof), an das Schicksal des Flüchtlingsschiffes „St. Louis“ und der „Exodus“ (Landungsbrücken) und an Tesch & Stabenow, die Lieferfirma des Blausäuregases Zyklon B (Messberghof).

In unauffälliger, aber zugleich nachhaltiger Weise prägt eine weitere, erst in den letzten Jahren realisierte Form von Erinnerungszeichen das Stadtbild: die in die Gehwege eingelassenen „Stolpersteine“ des Kölner Künstlers Gunter Demnig. Seit 2002 wurden – finanziert durch private Patenschaften – in den sieben Hamburger Bezirken über 2500 dieser Stolpersteine verlegt, die vor den früheren Wohnhäusern oder Wirkungsstätten auf das Schicksal einzelner Deportierter und Ermordeter hinweisen. Dieses Projekt, das von allen deutschen Städten in Hamburg auf die größte Resonanz gestoßen ist, hat in großer Zahl biografische Recherchen von Geschichtswerkstätten und anderen privaten Initiativen befördert, die von der Landeszentrale für politische Bildung koordiniert und wissenschaftlich begleitet werden. Durch diese Recherchen können zahlreiche Lebenswege vor dem Vergessen bewahrt werden. Diesem Ziel dient die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse sowohl im Internet in einer von der Landeszentrale für politische Bildung erstellten Daten-

bank unter der Adresse [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de) als auch durch eine stadtteilbezogene Publikationsreihe, die in Zusammenarbeit des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden und der Landeszentrale herausgegeben wird. In den letzten zwei Jahren erschienen die ersten fünf Bände zu den „Stolpersteinen“ in Altona, Hamm, St. Pauli, Wandsbek und Winterhude.

Über die Anbringung von Informationstafeln hinaus tragen auch Veröffentlichungen des Denkmalschutzamtes zur Erinnerung an die jüdische Geschichte und Kultur bei. Ferner kann Denkmalschutz an Gebäuden dazu beitragen, die Sachzeugen zu erhalten und so das Gedenken zu fördern (Unterschutzstellung von Bauten als Dokumente jüdischen Lebens und jüdischer Kultur sowie der Bauten, die Geschehnisse während der NS-Zeit dokumentieren können). So sind die meisten der weiter unten aufgeführten Bauten von Gedenkstätten unter Denkmalschutz gestellt.

Zur Gedenkstätte im eigentlichen Sinn wird ein Ort erst, wenn auf ein historisches Ereignis in künstlerischer Form mit einem Mahn- oder Denkmal hingewiesen wird oder wenn es durch eine Ausstellung erläutert wird. Unter Zugrundelegung dieser Kriterien listet die Bestandsaufnahme (Anlage 1) 75 Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes in Hamburg auf, die jeweils mit Informationen zu ihrer Entstehungsgeschichte, zur Gestaltung und zum historischen Hintergrund vorgestellt werden.

Bei den künstlerisch gestalteten Orten gibt es eine große Gestaltungsbreite. Sie reichen von kleinen Gedenkanklagen mit Kissensteinen und Findlingen bis hin zu Denkmalprojekten bedeutender Künstler wie Jochen Gerz, Alfred Hrdlicka und Thomas Schütte.

Neun Gedenkstätten in Hamburg stellen sich zugleich als Lernorte dar, die über ständige Ausstellungen, Archive und pädagogische Angebote verfügen und haupt- oder ehrenamtlich betreut werden. Fünf von ihnen befinden sich in staatlicher Trägerschaft: die der Behörde für Kultur, Sport und Medien angegliederte KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit ihren drei Außenstellen Bullenhusen Damm, Fuhlsbüttel und Poppenbüttel sowie die zur Hamburger Volkshochschule gehörende „Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule. Dr. Alberto Jonas-Haus“. Vier mit Dauerausstellungen versehene Gedenkstätten befinden sich in privater Trägerschaft: Das Bunkermuseum Hamm (Stadtteilarchiv Hamm) und die Dokumentation in den Zwangsarbeiterbaracken beim Flughafen Fuhlsbüttel (Willi-Bredel-Gesellschaft – Geschichtswerkstatt) erhalten jährliche Zuwendungen, das Mahnmal St. Nikolai mit Dokumentationszentrum (Förderkreis „Rettet die Nikolaikirche“) erhält projektbezogene Zuwendungen. Die Gedenkstätte Ernst Thälmann (Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann“) wird nicht gefördert. Darüber hinaus dokumentieren einige Museen die Zeit des Nationalsozialismus im Rahmen ihrer Dauerausstellungen: das Museum für Hamburgische Geschichte in seinen Abteilungen „Hamburg im 20. Jahrhundert“ und „Juden in Hamburg“, ferner das Hamburger Schulmuseum mit der Ausstellung „Schule unterm Hakenkreuz und Neuanfang 1945“ sowie das Museum der Arbeit.

Mehr als 2.500 „Stolpersteine“, über 100 Gedenktafeln und 75 Gedenkstätten, davon neun zugleich als aktive Lernorte, dokumentieren nicht nur das Ausmaß von Verfolgung, Terror und kriegsbedingtem Leid, sondern zeigen zugleich, dass sich in Hamburg in den letzten 30 Jahren nach zögerlichem Beginn, in dem es oftmals die ehemals

Verfolgten selbst waren, die die Erinnerung an die Vergangenheit wach hielten, eine thematisch vielschichtige Erinnerungskultur entwickelt hat. Oft waren es Jugendverbände, Schülerprojekte, kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen oder Geschichtswerkstätten, die auf vergessene Spuren aufmerksam machten und sich für die Einrichtung von Gedenkstätten einsetzten. Die dynamische Entwicklung zeigt sich auch darin, dass allein in den letzten fünf Jahren mehr als zehn Gedenkstätten neu entstanden. Dazu zählen das 2004 im Hexenpark in Rothenburgsort eingeweihte neue Denkmal für die Opfer des Feuersturms und die Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Frauenaußenlagers des KZ Neuengamme in Wandsbek, das 2006 auf der Rüsshalbinsel in Finkenwerder eingerichtete Mahnmal U-Boot-Bunker Fink II, das 2007 bei der Dreifaltigkeitskirche in Hamm in Erinnerung an die Opfer des Bombenkriegs als Mahnmal für den Frieden geschaffene „Totenhaus“ und die 2008 in Langenhorn eingeweihte Gedenksäule zur Erinnerung an die Zwangsarbeit bei dem Hanseatischen Kettenwerk. Auch einige schon länger bestehende Gedenkstätten haben in den letzten Jahren ihr Gesicht stark verändert. Dies ist besonders offenkundig bei der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Hier konnte der Senat durch die Schließung der beiden Justizvollzugsanstalten das Nebeneinander von Strafvollzug und Gedenkstätte beenden, die Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Häftlingslagers neu gestalten und damit der historischen Verantwortung Hamburgs gerecht werden.

Die im bürgerschaftlichen Ersuchen angeregte „laufende Aktualisierung“ des Verzeichnisses der Hamburger Gedenkstätten wird über eine Fortschreibung im Internet angestrebt. Ein entsprechender Auftrag ist vergeben, die Informationen über die Gedenkstätten in Hamburg werden in den Internet-Auftritt der KZ-Gedenkstätte Neuengamme integriert, aber auch über eine eigenständige Adresse erreichbar sein. Um zu veranschaulichen, dass Erinnerung ein offener, niemals abgeschlossener Prozess ist und der gegenwärtige Blick auf die Vergangenheit Veränderungen unterliegt, eignen sich die schnellen Aktualisierungsmöglichkeiten, die das Internet bietet, in besonderer Weise.

### 3. **Bürgerschaftliches Ersuchen, Ziff. 1.b) und 1.c): Integratives Gesamtkonzept**

Die 75 mit Denkmälern und Informationen versehenen Gedenkstätten erinnern an die Verbrechen in den Hamburger Konzentrationslagern, die Verfolgung von Jüdinnen und Juden sowie weiterer Opfergruppen, an den Widerstand und an die Folgen der Bombenangriffe. Sie bieten nicht nur in ihrer Gestaltung ein sehr vielschichtiges Bild, sondern setzen auch inhaltlich jeweils sehr unterschiedliche Schwerpunkte. Die mit Dauerausstellungen versehenen und personell betreuten Gedenkstätten tragen in besonderer Weise dazu bei, das Wissen über die NS-Herrschaft zu vermitteln und zu vertiefen. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Trägerschaften und Behördenzuständigkeiten für die in Hamburg bestehenden staatlichen und privaten Gedenkstätten und angesichts der häufig nur anlassbezogenen Debatten um bestimmte Erinnerungsorte ist es geboten, das Verhältnis dieser Orte zueinander bezüglich ihrer Gestaltung, inhaltlichen Schwerpunkte und pädagogischen Angebote zu bestimmen und sie sinnvoll und angemessen in ein Gesamtkonzept der Gedenkstättenarbeit in Hamburg zu integrieren, dessen Fortentwicklung nur im Dialog der unterschiedlichen Träger, der Politik und der sich für die Gedenk-

stättenarbeit engagierenden gesellschaftlichen Gruppen gelingen kann.

Die von der Hamburgischen Bürgerschaft am 23. Januar 2008 beschlossene Entwicklung eines „Gesamtkonzepts für Orte des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945 in Hamburg“ sieht „in der Topografie der Hamburger Gedenkort“ für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine „zentrale Rolle“ vor. Dieses entspricht der historischen Bedeutung des Konzentrationslagers Neuengamme, das mit über 100.000 Häftlingen (die Hälfte überlebte nicht) und 85 Außenlagern zu den großen KZ-Hauptlagern zählte, wie dem Professionalisierungsgrad der Gedenkstätte als zeitgeschichtliches Museum und moderner Bildungseinrichtung. Die nach der Verlagerung der beiden, das Gelände bis 2003 beziehungsweise 2006 nutzenden, Gefängnisse umfassend neu gestaltete Gedenkstätte bietet heute mit fünf Ausstellungen, einem 57 Hektar großen Außengelände mit 15 erhaltenen KZ-Gebäuden, einem „Offenen Archiv“ und einem Studienzentrum ihren jährlich über 60.000 Besucherinnen und Besuchern ein umfassendes Informationsangebot, das durch auch an anderen Orten stattfindende Veranstaltungen und Sonderausstellungen ergänzt wird. Trotz der im Vergleich etwa zu Bergen-Belsen geringeren Bekanntheit hat die Gedenkstätte in den letzten Jahren einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren, der auf die Neugestaltung des weitläufigen Geländes mit einer vergleichsweise großen Zahl erhaltener KZ-Bauten, auf die Qualität der pädagogischen Angebote mit jährlich ca. 1.500 Gruppenbegleitungen, davon 200 Projekttagen, sowie auf die zunehmend international ausgerichteten Seminarangebote des 2005 eröffneten Studienzentrums zurückgeführt werden kann. Zu den Besonderheiten zählt, dass alle fünf Dauerausstellungen auf dem Gelände in Gebäuden gezeigt werden, die selbst Exponat sind: Die 2.000 m<sup>2</sup> große und mit zahlreichen Medien versehene Hauptausstellung „Zeitspuren“ über das KZ Neuengamme 1938 bis 1945 und seine Nachgeschichte in einem 1943/44 im Häftlingslager errichteten Unterkunftsgebäude, die Studienausstellung „Dienststelle KZ Neuengamme“, die sich anhand von Prozessunterlagen und Biografien mit der Geschichte der Täter auseinandersetzt, in den früheren SS-Garagen, ferner die beiden Ausstellungen zu den sich stark unterscheidenden Bedingungen in der Ziegel- und Rüstungsproduktion im ehemaligen Klinkerwerk und in der ehemaligen Waffenfabrik der Firma Walther und die an einem als „Zeitschnitt“ erhaltenen Mauerrest der 1970 errichteten Jugendhaftanstalt angebrachte Freiluft-Ausstellung „Gefängnisse und Gedenkstätte: Dokumentation eines Widerspruchs“. Im Außengelände, das heute nahezu das gesamte Areal des ehemaligen KZ umfasst, verdeutlichen Stahlpfosten den früheren Zaunverlauf und aus Abrisssteinen errichtete Gabionen die einstigen Barackengrundrisse. Ein Tafelsystem und seit 2008 ein mehrsprachiger Audioguide bieten weitere Informationsmöglichkeiten.

Die Bedeutung der Gedenkstätte findet seit 1999 auch dadurch Anerkennung, dass die Bundesregierung Neuengamme als exemplarischen Ort für den Komplex „Vernichtung durch Arbeit“, für die extensive Ausnutzung der Häftlingsarbeitskraft im KZ-System, zu den Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung zählt. An den Kosten der Neugestaltung beteiligte sie sich durch Projektfinanzierungen mit 50 Prozent. Seit dem 1. Januar 2009 ist der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien durch eine institutionelle Förderung auch in die Mitträgerschaft eingetreten. Die regelmäßige, jährliche Zuwendung des Bundes beträgt bis zu 725 Tsd. Euro, die der Gedenkstätte

zusätzlich zu den im Hamburger Haushalt ausgewiesenen Mitteln von 2.026 Tsd. Euro zur Verfügung stehen. Auf der Grundlage eines zwischen Land und Bund ausgehandelten Wirtschaftsplanes dient der Mittelzuwachs zur Deckung des Betriebskostendefizits, für dringend erforderliche Maßnahmen der Bauunterhaltung, zur Stärkung des Besucherservices und der pädagogischen Arbeit. So können ab diesem Jahr auch die Gebührensätze für Gruppenbesuche in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme deutlich abgesenkt werden.

Die Aufnahme in die institutionelle Förderung des Bundes erforderte auch eine Neustrukturierung der Gedenkstätte, die zwar weiterhin als Dienststelle unmittelbar der Behörde für Kultur, Sport und Medien untersteht, deren Arbeit aber nunmehr durch drei neue, durch den Präses der Behörde berufene Gremien begleitet wird: einem aus den Vertretern der staatlichen Trägerschaft gebildeten Haushaltsausschuss, der den Jahresbericht berät und den Wirtschaftsplan beschließt, eine wissenschaftliche Fachkommission, die die inhaltlich konzeptionelle Arbeit begleitet, sowie ein aus der Amicale Internationale und weiteren Opferverbänden, aus gesellschaftlichen Organisationen, Religionsgesellschaften und besonders in der Gedenkstättenarbeit engagierten Gruppen gebildeter Beirat.

Die zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme gehörenden Außenstellen Bullenhuser Damm, Fuhlsbüttel und Poppenbüttel, die alle drei in den 1980er Jahre aus Privatinitiativen entstanden, verbleiben jedoch in der ausschließlichen Trägerschaft Hamburgs:

Die 1985 eröffnete „Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel“, umfasst neben einer Ausstellung auch einen Museumsteil mit einer original möblierten Behelfsheimwohnung des Jahres 1944. Die linke Gebäudehälfte beherbergt eine Ausstellung zur Geschichte des Außenlagers Sasel und zu den harten Arbeitsbedingungen, denen die KZ-Frauen im Plattenhausbau ausgesetzt waren. Im September 2008 wurde nach einer umfassenden Gebäudesanierung eine neue Dauerausstellung eröffnet, die das Themenspektrum auf die Verfolgung von Frauen im Nationalsozialismus, die Vernichtung jüdischen Lebens und die Geschichte aller Hamburger Frauenaußenlager des KZ Neuengamme erweitert.

In der „Gedenkstätte Konzentrationslager und Strafanstalten Fuhlsbüttel 1933–1945“, die seit 1987 im Torgebäude Am Suhrenkamp besteht, wurde am 4. September 2003, dem 70. Jahrestag der Errichtung des KZ Fuhlsbüttel, eine neue Dauerausstellung eröffnet. Sie informiert über die verschiedenen Opfergruppen im KZ und Polizeigefängnis Fuhlsbüttel, aber auch über die Geschichte der Strafanstalten in vernationalsozialistischer Zeit sowie über die Strafverfolgung der Täter nach 1945. Sie verfolgt dabei einen stark biografischen Ansatz und stellt zahlreiche Lebenswege von Fuhlsbüttel-Gefangenen dar. Des Weiteren bietet sie zu vielen Themen Vertiefungsmaterialien an. Eine schon für die erste Ausstellung nachgestaltete Einzelzelle, Originalkleidung und -gegenstände dienen der Veranschaulichung der Haftbedingungen. Für das Jahr 2010 ist eine Ergänzung der Ausstellung vorgesehen.

Die im April 1980, noch vor der Eröffnung des ersten Dokumentenhauses in Neuengamme, von der „Vereinigung Kinder vom Bullenhuser Damm“ in den Kellerräumen der damaligen Schule eröffnete „Gedenkstätte Bullenhuser Damm“ wurde fast 20 Jahre lang privat unterhalten, ehe sie 1999 als Außenstelle der KZ-Gedenkstätte Neuen-

gamme angegliedert wurde. Sie erinnert vorrangig an den, in der Nacht des 20. April 1945 von SS-Männern verübten, Mord an 20 jüdischen Kindern, die zuvor im KZ Neuengamme zu medizinischen Versuchen missbraucht wurden. Zwar wurde die Gedenkstätte 1999 zur Übergabe renoviert und erweitert, aber eine Neugestaltung der Ausstellung mit zeitgemäßen Mitteln steht aus. Derzeit werden mit der Sprinkenhof AG Gespräche geführt, um durch eine Ergänzung der bisherigen Kellerflächen für Ausstellungszwecke besser geeignete Räumlichkeiten zu schaffen. Wenn die Finanzierung der erforderlichen Umbaumaßnahmen gelingt, ist die Eröffnung einer neuen Ausstellung für das Jahr 2011 vorgesehen.

Die sonntäglichen Öffnungen und die auch wochentags möglichen Gruppenführungen werden zwar inzwischen in allen drei Außenstellen durch die KZ-Gedenkstätte Neuengamme gewährleistet, doch erfährt diese dabei weiterhin Unterstützung durch ehrenamtlich tätige Betreuerkreise.

Die drei Außenstellen in Poppenbüttel, Fuhlsbüttel und am Bullenhuser Damm bilden mit den in Neuengamme selbst weniger im Vordergrund stehenden Themen Frauen als KZ-Häftlinge, Widerstand in Hamburg und jüdische Kinderschicksale eine wichtige Ergänzung

Die Geschichte der Hamburger Juden, ihre Ausgrenzung, Enteignung und Verfolgung im „Dritten Reich“, schwerpunktmäßig dargestellt am jüdischen Schulwesen, ist das Thema der 1989 als Einrichtung der Hamburger Volkshochschule eröffneten „Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule“ in der Karolinenstraße, die seit 1998 den Namenszusatz Dr. Alberto Jonas-Haus trägt. Neben Materialien zur Geschichte der im Mai 1942 zwangsgeräumten Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde und zu den Verfolgungsschicksalen ihrer Lehrerinnen, Lehrer und Schülerinnen sowie der Präsentation der Dauerausstellung „Jüdisches Schulleben am Grindel“ bietet die Gedenk- und Bildungsstätte im Rahmen der Hamburger Volkshochschule ein umfassendes Seminarprogramm zu jüdischer Geschichte und Kultur und zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit an.

Wenngleich nicht Gedenkstätte im eigentlichen Sinne, so ist hier auch auf die thematisch verwandte Dauerausstellung „Juden in Hamburg“ hinzuweisen, die seit März 1997 im 2. Obergeschoss des Museums für Hamburgische Geschichte zu sehen ist. Zwar widmet sie sich der gesamten 400-jährigen Geschichte der Juden in Altona, Hamburg und Wandsbek, der jüdischen Religion und der Beiträge von Juden zur Hamburger Stadtgeschichte, doch sind die Zeit der Verfolgung im Nationalsozialismus, der Völkermord und das jüdische Leben nach dem Holocaust ebenfalls thematische Schwerpunkte.

Die durch Vereine in bzw. als Gedenkstätten unterhaltenen Ausstellungen beschäftigten sich mit den Themen des Zwangsarbeiterinsatzes, des Bombenkriegs und des Widerstands:

In unmittelbarer Nähe des Flughafens Fuhlsbüttel sind eine Unterkunftsbaracke sowie Teile einer Wasch- und Abortbaracke eines 1942 errichteten Zwangsarbeiterlagers erhalten geblieben, die seit 10 Jahren von der Willi-Bredel-Gesellschaft schrittweise zum Aufbau einer Dokumentation zur Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Hamburg genutzt werden. Mit öffentlicher Unterstützung restaurierte die Geschichtswerkstatt die ursprünglich zum Abriss vorgesehene, bis 1997 für Wohnzwecke genutzte Baracke und sicherte weitere Spuren im Außengelände.

Die Ausstellung, die sich mit der Präsentation von Originalobjekten, Modellen und Nachbauten um Anschaulichkeit bemüht, schildert schwerpunktmäßig die Lebens- und Arbeitsbedingungen, denen die überwiegend aus den Niederlanden, Frankreich und Italien stammenden Zwangsarbeiter in dem für die Firma Kowahl & Bruns errichteten Lager unterworfen waren, bietet darüber hinaus aber auch Informationen zum Gesamtsystem des Zwangsarbeitseinsatzes in der Hamburger Kriegswirtschaft, der bis zu 1.300 Lager und Arbeitseinsatzorte umfasste.

Über den Bombenkrieg und seine Folgen informieren das Bunkermuseum Hamm und das Dokumentationszentrum im Mahnmahl St. Nikolai.

In einem der über 350 unterirdischen Röhrenbunker, die bis 1943 in Hamburg vor allem in Wohngebieten ohne ausreichende Keller- und Schutzräume gebaut wurden, betreibt das Stadtteilarchiv Hamm seit Oktober 1997 eine ständige Ausstellung. Sie informiert über die Geschichte des Luftschutzes, stellt verschiedene Luftschutzbauten vor, dokumentiert die Zerstörung von Hamm und Hammerbrook im Juli 1943 sowie die Luftangriffe auf London. Zusätzlich werden in dem mit nachgebautem Mobiliar in seinen Ursprungszustand versetzten Bunker zahlreiche persönliche Gegenstände von Betroffenen präsentiert.

In der Krypta der Ruine von St. Nikolai am Hopfenmarkt, die sich seit den 1970er Jahren schrittweise zu einem Mahnmahl für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft entwickelte, eröffnete 1992 der fünf Jahre zuvor gegründete Förderkreis „Rettet die Nikolaikirche“ ein Dokumentationszentrum, das Informationen über die Geschichte der Nikolaikirche, zur Zerstörung Hamburgs in der „Operation Gomorrha“ im Sommer 1943 und Sonderausstellungen zu Themen der nationalsozialistischen Verfolgung bietet. Die 2006 in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme überarbeitete Dokumentation wird durch zwei ständige Präsentationen zu den deutschen Luftangriffen auf Warschau und Coventry ergänzt. Auf der Aussichtsplattform des Kirchturmes in 76 m Höhe, zu erreichen mit einem im Jahre 2005 eingerichteten gläsernen Panoramalift, bilden großformatige Fotos aus dem Jahr 1943 den Blick vom Kirchturm über die zerstörte Stadt ab.

Bereits seit 1969 befindet sich in dem ehemaligen Wohnhaus des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann in der Tarpenbekstraße 66 eine Gedenkstätte, die von ehemaligen Weggefährten Thälmanns initiiert wurde und seither vom Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ betrieben wird. In einer ständigen Ausstellung werden Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Arbeiterwiderstands gezeigt. Im Mittelpunkt steht das Wirken Ernst Thälmanns als Vorsitzender der KPD, seine verschiedenen Haftstationen in Berlin, Hannover und Bautzen und seine Hinrichtung 1944 im KZ Buchenwald. Gedenktafeln erinnern an weitere, zumeist kommunistische Politiker, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. In Hamburg gibt es keine weitere Dauerausstellung, die den Widerstand gegen das Nazi-Regime in seiner ganzen politischen und gesellschaftlichen Breite ins Zentrum ihrer Vermittlungsbemühungen stellt (siehe Anlage 4).

#### 4. Bürgerschaftliches Ersuchen, Ziff. 1.d): Perspektiven der Gedenkstättenentwicklung und neue Projekte

Das Bürgerschaftliche Ersuchen sieht bei Ziff. 1.d) vor, „möglicherweise zukünftig als Gedenkorte hinzukommende, historisch bedeutsame Stätten, die von den natio-

nalsozialistischen Verbrechen oder dem Widerstand zeugen“, aufzulisten.

Aussagen über die zukünftige Entwicklung der Erinnerungskultur zu treffen, ist schwierig, denn es lässt sich kaum prognostizieren, unter welchen Fragestellungen in den nächsten Jahren oder gar Jahrzehnten die nationalsozialistische Vergangenheit betrachtet wird, was dann als besonders erinnerungs- und bewahrenswert erscheinen mag. Stätten, die von der Ausgrenzung als „volksschädlich“ und „gemeinschaftsfremd“ stigmatisierter Personen zeugen, wie etwa das Pflegeheim Farmsen und das Pik As, oder Lokale, in denen sich Swing-Jugendliche zum Tanzen trafen, wären vor Jahren überhaupt nicht der Erwähnung wert befunden worden. Andere Orte, die in hohem Maße für Repression, Verfolgung und gewaltsamen Tod stehen, wie etwa der Ort des „Arbeitserziehungslagers“ Langer Morgen in Wilhelmsburg, oder die bedeutsam für den Widerstand in Hamburg waren, wie etwa die Geheimverstecke der Schufos des republikanischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, finden heute weniger Aufmerksamkeit, doch kann auch hier nicht vorausgesagt werden, wie sich das öffentliche Interesse zukünftig artikulieren wird.

Eine Auflistung historisch bedeutsamer Stätten, die bis heute keine weiter gehende Beachtung als Gedenkort gefunden haben, könnte deshalb auch nicht abschließend sein, zumal sie auch „dem Missverständnis Vorschub leisten könne, dass damit ein Schlusspunkt gesetzt werden solle“ (Bericht des Kulturausschusses vom 12. November 2007; Drucksache 18/7373).

Auf der Grundlage des jetzigen Erkenntnisstands können hingegen bislang unbeachtete bzw. nicht hinreichend berücksichtigte Orte benannt werden, die in besonderer Weise für zeitgeschichtlich herausragende Ereignisse, für bedeutsame Widerstandsaktivitäten oder für den nationalsozialistischen Terror stehen, wie dies bei dem lange Zeit aus dem öffentlichen Gedächtnis verbannten Deportationsort Hannoverscher Bahnhof am Lohseplatz der Fall ist. Mit weiteren bislang unbekanntem Orten von Massenverbrechen ist nicht zu rechnen, die entsprechenden Orte sind bekannt und mit Tafeln oder „Stolpersteinen“ gekennzeichnet, wenngleich sie nicht immer im öffentlichen Gedächtnis präsent sind. Dies gilt für den ehemaligen Truppenübungs- und Schießplatz Höltigbaum ebenso wie für die Hinrichtungsstätte im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis, für den im Krankenhaus Langenhorn verübten Säuglingsmord ebenso wie für das Kinderkrankenhaus Rothenburgsort. Und auch die Orte von Massakern, wie demjenigen an vermutlich 174 Ostarbeitern im August 1943 in den Eidelstedter Winsbergen, sind bekannt, wenngleich nicht genau lokalisierbar.

Für den Erinnerungswert von Orten ist schließlich auch der Gesichtspunkt nicht unerheblich, ob sich wie bei den Standorten des ehemaligen „Arbeitserziehungslagers“ der Gestapo in Wilhelmsburg, beim KZ Außenlager Blohm & Voss und beim Schießplatz Höltigbaum keine Spuren mehr finden lassen oder ob noch aussagekräftige Bausubstanz und Relikte in situ vorhanden sind, wie dies beispielsweise bei dem seit 1998 unter Denkmalschutz stehenden Getreidespeicher G am Dessauer Ufer der Fall ist. Dessen Nutzung als KZ-Außenlager für 1.500 Jüdinnen und anschließend 2.000 männlichen Häftlingen lässt sich im weitgehend erhaltenen Gebäudeinneren gut nachvollziehen.

Die Bestandsaufnahme der Gedenkstätten mit der Darstellung ihrer inhaltlichen Schwerpunkte zeigt, dass mit Aus-

nahme noch fehlender Kennzeichnungen an den Orten einiger KZ-Außenlager (Blohm & Voss, Diago-Tiefstack, Stülckenwerft, 2. SS-Baubrigade) die Erinnerung an das Konzentrationslager Neuengamme durch die Entwicklung der Gedenkstättenarbeit in Neuengamme und in den Außenstellen heute zu Recht stark präsent ist. Nachholbedarfe bestehen hingegen bei anderen Themen bzw. im Blick auf andere Gedenkortorte.

#### 4.1 Hannoverscher Bahnhof/Lohseplatz

Während das KZ Neuengamme für die Verfolgung und Vernichtung vor allem nichtjüdischer Menschen aus ganz Europa steht, handelt es sich beim ehemaligen Hannoverschen Bahnhof am Lohseplatz um eine Stätte, die an die Verfolgung und Deportation der damals hier als Nachbarn lebenden Hamburger Juden, Roma und Sinti erinnert. Bislang wird das Deportationsgeschehen in keiner Hamburger Gedenkstätte und in keinem Museum schwerpunktmäßig behandelt. Lediglich einige wenige Tafeln in der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töcherschule, in der Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel und in der Jüdischen Abteilung des Museums für Hamburgische Geschichte widmen sich bislang diesem Thema.

In den Jahren 1940 bis 1945 wurden 20 Züge vom Hannoverschen Bahnhof aus – wohl in drei Fällen auch vom nahegelegenen Fruchtschuppen C – mit 1.264 Sinti und Roma und 6.428 Juden in den Tod geschickt. Der Ort war danach jahrzehntelang aus dem Stadtgedächtnis wie ausgelöscht. Bürgerschaft und Senat haben sich dafür ausgesprochen, die wenigen Spuren und Überreste auf dem früheren Bahnhofsgelände, das Teil des in der östlichen HafenCity geplanten Parks („Lohsepark“) ist, zu erhalten und dort einen Gedenkort einzurichten (Drucksache 18/7680).

Vor fünf Jahren begann ein intensiver, öffentlich geführter Beratungsprozess. Seine Meilensteine waren die Anfertigung von historischen Expertisen und von baugeschichtlichen Gutachten, im Februar 2005 eine erste Kennzeichnung im Rahmen des Tafelprogramms „Stätten der Verfolgung und des Widerstandes 1933-1945“, die Gestaltung einer kleinen Grünfläche mit Informationstafel im Mai 2007, die Durchführung eines prominent besetzten Fachkolloquiums im Juni 2007, die kurz darauf erfolgte Unterschutzstellung der noch verbliebenen Reste des ehemaligen Bahnsteigs 2 und der Gleistrassen, die Einsetzung einer Steuerungsgruppe zur Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts, das im Juli 2008 vorlag, dessen Diskussion in verschiedenen Gremien und in einem Werkstattgespräch im Oktober 2008 und schließlich im Juni 2009 die Auslobung eines freiraumplanerischen Ideen- und Realisierungswettbewerbs zum Lohsepark durch die HafenCity Hamburg GmbH, der im Ideenteil Vorschläge für einen Gedenkort fordert und an dem sich 30 renommierte Landschaftsarchitektenbüros, zum Teil in Arbeitsgemeinschaften mit Künstlern, beteiligten.

In den Beratungsprozess waren stets auch die Jüdische Gemeinde, die Rom und Cinti Union und das Auschwitz-Komitee einbezogen. Sie sind auch beteiligt in der Expertengruppe, in der sich seit 2004 regelmäßig Vertreter parlamentarischer Gremien, der Behörden, Museen, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und der HafenCity Hamburg GmbH treffen, sowie in der Jury des freiraumplanerischen Wettbewerbs zum Lohsepark.

Die Rom und Cinti Union ist auch in die Überlegungen einbezogen, wie vertiefende Hinweise am Ort des westlich

des Magdeburger Hafens gelegenen ehemaligen Fruchtschuppen C erfolgen können. Zur Nutzung des Fruchtschuppens als Sammelstelle bei den Deportationen der Sinti und Roma im Mai 1940 und im März 1943 liegt ein aktuell erarbeitetes Gutachten der Forschungsstelle für Zeitgeschichte vor, dessen Ergebnisse bei den weiteren Planungen berücksichtigt werden sollen. Auch ist zu erwägen, ob über das Mahnmal am „Platz der Deportierten“ an der Moorweide hinaus noch weitere Kennzeichnungen anderer Orte des Deportationsgeschehens erfolgen können (z.B. an der Sammelstelle am Bahnhof Sternschanze).

Die vielbeachtete Präsentation der durch den ersten Bürgermeister eröffneten Ausstellung „In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti in Hamburg 1940 bis 1945“ vom 16. Februar bis zum 26. April 2009 im Kunsthaus dokumentierte eindrucksvoll die historischen Dimensionen und die pädagogischen Potentiale des Themas.

Da die Gesamtfläche der künftigen „Gedenkstätte Hannoverscher Bahnhof“ nur in Abschnitten verfügbar sein wird, schien eine angemessene Form des Erinnerns zunächst in weite Ferne gerückt, was angesichts des vorgerückten Alters der Überlebenden als nicht akzeptabel galt. Das von der Steuerungsgruppe erarbeitete und allseits auf Zustimmung gestoßene Konzept bannt diese Gefahr und schlägt ein mehrstufiges Verfahren vor: Die Gestaltung des ehemaligen Bahnhofsvorplatzes und die Realisierung von Ausstellungsflächen in einem Neubau am Lohseplatz bilden die ersten großen Schritte, die landschaftsarchitektonische Einbindung der Bahnsteig- und Gleisüberreste und die Gestaltung des Gedenkortes kann folgen, wenn es die vertraglichen Bindungen für einen Großteil der Fläche ab ca. 2017 zulassen.

Den Kernpunkt der Konzeption stellt die Sichtachse dar – die Verbindungslinie zwischen Vorplatz und Ausstellungsbau im Nordwesten und den authentischen Resten im Bereich des Bahnsteigs 2 im Südosten, die mit Blick auf den „historischen Weg“ der Deportierten vom Lohseplatz her angelegt ist und eine direkte Sichtbeziehung entlang der historischen Relikte auf die Nord-Süd-Trasse der Deutschen Bahn freigibt und dadurch Rückschlüsse auf den Transportvorgang ermöglicht (siehe Anlage 5). Durch die Einbeziehung zusätzlicher Flächen, die im Masterplan ursprünglich für eine Bebauung vorgesehen waren, entsteht durch die diagonal zur Parkausrichtung verlaufende Verbindungsachse von ca. 300 Metern Länge, die auf Grund der im Zuge des Hochwasserschutzes erforderlichen Anhebung des Bodenniveaus im Umfeld um ein bis zwei Meter zudem als Einschnitt wahrnehmbar sein wird, eine charakteristische Prägung der Gedenkstätte, von der eine starke visuelle Wirkung erwartet wird. Ein solcher Gedenkort würde auf Dauer im zukünftigen Stadtbild der HafenCity in markanter Anschaulichkeit den tiefen Einschnitt veranschaulichen, den die nationalsozialistische Verfolgung und die Deportationen in der Stadtgeschichte hinterlassen haben.

Das Konzept sieht die Schaffung einer Ausstellungsfläche von ca. 500 m<sup>2</sup> zzgl. Gruppenräumen und Nebenflächen direkt am Lohseplatz im Erd- und 1. Obergeschoss eines von der HafenCity Hamburg GmbH geplanten siebengeschossigen Neubaus vor, der in den so genannten „Hildebrandt“-Komplex (Lohseplatz 1-3) eingefügt werden soll. Der Ort liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zum historischen Bahnhofsvorplatz und ermöglicht die vorgeschlagene Sichtachse entlang der historischen Relikte. Über die Finanzierung soll im Rahmen der Aufstellung des Haus-

halts 2011/2012 und der Fortschreibung der Finanzplanung entschieden werden.

Nach ihrer Fertigstellung soll die Dokumentationsstätte organisatorisch von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme betreut werden. Dabei soll die Dokumentation zum Deportationsort Hannoverscher Bahnhof ein eigenständiges Profil in der öffentlichen Wahrnehmung entwickeln. Durch die Verbindung zu Neuengamme werden positive Effekte in der pädagogischen Betreuung und bei der Durchführung von Veranstaltungen erwartet, wobei hierfür auch die Nachbarschaft mit der geplanten weiterführenden Schule Chancen bietet. Eine Doppelung von Angeboten ist nicht vorgesehen. Seminare sollen zum Beispiel weiterhin im Studienzentrum der KZ-Gedenkstätte Neuengamme stattfinden, während Abendveranstaltungen zukünftig citynah am Lohseplatz weit besser platziert sind als im abseits gelegenen Ortsteil Neuengamme. Eine eigenständige Museumsverwaltung ist ebenso verzichtbar, wie durch die enge Verzahnung mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden die Unterhaltung eines eigenen Archivs überflüssig erscheint.

Bei der in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren gelegentlich diskutierten Idee eines „Jüdischen Museums“, das die Geschichte der Juden in Hamburg in der Gesamtheit von mehr als 400 Jahren und das jüdische Leben heute zu repräsentieren hätte, handelt es sich in erster Linie nicht um ein Gedenkstättenprojekt. Den Fokus auf die Zeit des Nationalsozialismus und die Vernichtung jüdischen Lebens zu richten, was bei der zeitweilig vorgeschlagenen Verortung eines solchen Museums am ehemaligen Hannoverschen Bahnhof zwangsläufig der Fall sein dürfte – denn nur die Deportationen stellen hier einen Bezugspunkt dar –, wird dem Ansinnen eines Jüdischen Museums nicht gerecht. Diese Überlegung wird auch von der Jüdischen Gemeinde geteilt. Von verschiedenen Seiten eingebrachte Alternativvorschläge haben Gebäude in der Nähe der traditionellen jüdischen Wohnquartiere im Grindelviertel im Blick, deren Geschichte nicht vorrangig durch das Handeln der Verfolger geprägt ist.

#### 4.2 Mahnmal St. Nikolai

Eine neue Entwicklungsperspektive ist auch für das Dokumentationszentrum im Mahnmal St. Nikolai im Gespräch. Der Förderkreis „Rettet die Nikolaikirche“ beabsichtigt, auf vergrößerter Präsentationsfläche eine neue, didaktisch und gestalterisch zeitgemäße Ausstellung zu realisieren. Für die Erarbeitung der Ausstellung, die unter der Federführung der Forschungsstelle für Zeitgeschichte erfolgen soll, stehen Mittel eines privaten Stifters zur Verfügung. Für die Unterhaltung des dann bedeutend vergrößerten Dokumentationszentrums geht der Förderkreis davon aus, dass ihm dies wie bisher aus eigener Kraft ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel möglich sein wird. Nach den Vorstellungen des Förderkreises soll die erforderliche zusätzliche Ausstellungsfläche im angrenzenden Kellerbereich von St. Nikolai geschaffen werden. Zwischen dem Förderkreis und dem Bezirk Mitte finden Gespräche statt mit dem Ziel, verschiedene Ansätze für die künftige Nutzung des Kellerbereichs von St. Nikolai in Einklang zu bringen.

Im Blick auf den zentralen Stellenwert des Bombenkriegsgeschehens im städtischen Gedächtnis ist die Erstellung einer den heutigen musealen Ansprüchen entsprechenden Ausstellung im Mahnmal St. Nikolai sehr zu begrüßen. Die geplante Dokumentation, die sich neben den ein-

drucksvollen Foto- und Filmzeugnissen auf Relikte und vor allem auf biografische Zeugnisse in Form von Video-interviews stützen will, ist bundesweit beispiellos und ein Pionierunternehmen, das über Hamburgs Grenzen hinausstrahlen und international wahrgenommen werden wird. Die beabsichtigte Schwerpunktsetzung auf den Bombenkrieg in Hamburg und dem Leid der Opfer bei gleichzeitiger Thematisierung von Ursachen und Folgen, von Aufrüstung und Luftschutz, den der alliierten Luftkriegsführung vorausgegangenen Zerstörungen ausländischer Städte durch die Luftwaffe (an den Beispielen Warschau und Coventry) und ferner einem abschließenden Kapitel zur Entwicklung der Erinnerungskultur an den Bombenkrieg in den Nachkriegsjahrzehnten lässt die gebotene Sensibilität erkennen, die jede Instrumentalisierung des Leids der Bevölkerung, jede einseitige Anklage und die Relativierung von Schuldzusammenhängen zu vermeiden sucht. Die Ambivalenz, dass die alliierten Flächenbombardements einerseits grausam waren, andererseits aber die schnelle Niederrichtung des Naziregimes beabsichtigten, dass die Bomben gleichzeitig Tod und Befreiung brachten, gilt es bei dem Ausstellungsvorhaben auszuhalten und zu vermitteln. So kann die Ausstellung die Friedens- und Versöhnungsbotschaft, die vom Mahnmal St. Nikolai ausgeht, eindrucksvoll unterstreichen.

#### 4.3 Stadthausbrücke

Von großer Bedeutung für die Gedenkstätten-topografie in Hamburg wird auch die weitere Entwicklung des Gebäudeensembles an der Stadthausbrücke sein, dessen Verkauf bevorsteht. Da es sich bei dem Gebäudekomplex um einen Bau von hohem Denkmalwert und großer zeitgeschichtlicher Bedeutung handelt, wünscht der Senat, dass über die Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Belange hinaus das zukünftige Nutzungskonzept „Räumlichkeiten für ein würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Hamburg“ vorsieht (Drucksache 18/7995 vom 15. Februar 2008).

In der Stadthausbrücke 8 befand sich von 1933 bis zur Ausbombung 1943 das Gestapo-Hauptquartier. Die Nutzung durch die Polizeibehörde erstreckte sich auf mehrere Räumlichkeiten des Gesamtkomplexes Neuer Wall 88/Stadthausbrücke 4-10. Er beherbergte mit der Staatspolizei – der späteren Gestapo-Leitstelle Hamburg – und der Kriminalpolizei die Zentralinstanzen des NS-Terrors in Hamburg. Doch wurde von hier aus nicht nur die Verfolgung politischer Regimegegner und anderer Opfergruppen, während der Kriegsjahre die Überwachung der ausländischen Zwangsarbeiter und die Deportationen der jüdischen Bevölkerung und der Sinti und Roma organisiert, sondern das Gebäude war selbst tagtäglich Schauplatz von Gewalt und „verschärften Vernehmungen“. Hier kamen Menschen zu Tode, bei Verhören wurde gefoltert, in den Kellerzellen herrschten schrecklichste Zustände. Zur Kennzeichnung des historischen Ortes wurden in den 1980er Jahren am Haupteingang Stadthausbrücke 8 zwei Tafeln angebracht, eine im Rahmen des Tafelprogramms der Kulturbehörde und eine vom Personalrat und der ÖTV initiierte Gedenktafel.

Mit dem Investor, der beim kürzlich abgeschlossenen Auswahlverfahren das überzeugendste Gesamtkonzept mit Nutzungen in den Bereichen Wohnen, Einzelhandel, Gastronomie und Hotel vorgelegt hat, wurde Einvernehmen darüber erzielt, in dem kurz vor der Beurkundung stehenden Vertragsangebot folgende Klausel aufzunehmen:

„Der Käufer verpflichtet sich, in Abstimmung mit dem Denkmalschutzamt und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme einen Lernort mit unterschiedlichen Inhalten (Ausstellung, Seminare, Veranstaltungen, Inszenierungen, Dokumentationen) zur Nutzung des Stadthauses in den Jahren 1933–1943, als sich hier der Sitz der Hamburger Polizeibehörde befand und mit der Gestapo-Leitstelle als Zentrale des Terrors fungierte, in geeigneten Räumen auf seine Kosten zu realisieren sowie dauerhaft den Betrieb und die öffentliche Zugänglichkeit sicher zu stellen. Geeignet sind insbesondere Räume, die als historische Stätten von der Verfolgung des Widerstandes zeugen (zum Beispiel Verhörräume oder Arrestzellen).“

Der Senat geht davon aus, dass auch zukünftige Anpassungen der Ausstellung nur in Abstimmung mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme erfolgen.

Da die Forschungssituation zur Geschichte der Hamburger Gestapo bislang unbefriedigend ist, versucht die KZ-Gedenkstätte Neuengamme schon jetzt, inhaltliche Vorarbeiten zu leisten. So erfolgen erste entsprechende Recherchen in auswärtigen Archiven im Zuge der Erarbeitung der für Januar/Februar 2010 mit Unterstützung des Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft geplanten Rathausausstellung über den Hamburger Widerstand 1933 bis 1945.

Die Bestandsaufnahme der Gedenkstätten verdeutlicht, dass bestimmte für Gedenkort relevante Themen bislang nicht oder nur durch Tafeln, Gedenksteine oder Denkmale repräsentiert sind. So gibt es für die Opfer der „Euthanasie“ in den Alsterdorfer Anstalten zwar seit 1984 einen Gedenkstein und seit 2006 im Bürgersteig vor dem Haupteingang eine „Stolperschwelle“ mit den Zahlen der Deportierten und der Ermordeten und seit diesem Jahr auch eine Gedenktafel auf dem Gelände der Asklepios Klinik Nord-Ochsenzoll, doch in den Ausstellungen der Hamburger Gedenkstätten ist dieses Thema nicht verortet. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist zwar in den Ausstellungen der Gedenkstätten in Fuhsbüttel und Neuengamme durch eine große Zahl von Biografien angesprochen, jenseits der weitgehend auf den kommunistischen Widerstand beschränkten Darstellung in der Gedenkstätte Ernst Thälmann fehlt aber eine Gesamtschau, die die unterschiedlichen Parteien und Gruppen, weltanschaulichen Milieus, Formen individuellen Protestes, der Verweigerung und solidarischen Handelns behandelt. Eventuell vermag hier die beabsichtigte Dokumentation im Stadthaus Abhilfe schaffen, denn nahezu alle Regimegegner machten in Hamburg ihre Bekanntheit mit dem berüchtigten Gestapoquartier. Zwar ist ein Täterort kein ideales Domizil für die Verortung des Themas Widerstand, aber angesichts sich derzeit nicht abzeichnender Alternativen vielleicht doch erwägenswert. Dort könnte auch das Schicksal anderer Verfolgten, wie beispielsweise der Homosexuellen, dargestellt werden.

#### 5. Maßnahmen

Über den in Buchform vorliegenden Gedenkstättenwegweiser, die Forschungen zu den „Stolpersteinen“ und die Wanderausstellung zu den Gedenkstätten in Hamburg hinaus wird unter Wahrung der jeweiligen organisatorischen Strukturen und Trägerschaften eine weitere Zusammenführung und Vernetzung der Gedenkstätten angestrebt. Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme wird ihre zentrale Rolle in der Hamburger Gedenkstätten-topografie zukünftig stärker nutzen, um Maßnahmen, die hierfür sinnvoll und hilfreich sein können, zu prüfen und in die

Wege zu leiten. Denkbar ist neben der Ausrichtung von Koordinationstreffen zur Abstimmung von Veranstaltungs- und Ausstellungsprogrammen ein gemeinsames Internetportal der Hamburger Gedenkstätten sowie die – auch vom Kulturausschuss angeregte – Herausgabe eines aufgestärkten Flyers mit kurzen Überblicksinformationen zu den Gedenkstätten.

Mit der Unterschutzstellung historisch bedeutsamer Bauwerke nach dem Hamburgischen Denkmalschutzgesetz und der Fortführung des Tafelprogramms „Stätten der Verfolgung und des Widerstandes 1933–1945“, mit der Unterstützung der Geschichtswerkstätten und anderer Initiativen, mit der weiteren Unterhaltung, Konsolidierung und Fortentwicklung der Gedenkstätten in staatlicher Trägerschaft zu aktiven Lernorten und der Unterstützung neuer Projekte unterstreicht der Hamburger Senat, dass die Bewahrung der Erinnerung an die Zeit des nationalsozialistischen Terrors eine bleibende Aufgabe und für die historisch-politische Bildung in der Demokratie konstitutiv ist.

## II.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft möge das auf das Bürgerschaftliche Ersuchen Drucksache 18/6962 hin erarbeitete Konzept über die „Orte des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945 in Hamburg“ zur Kenntnis nehmen.

### Anlagen:

1. Buch: Gedenkstätten in Hamburg. Ein Wegweiser zu Stätten der Erinnerung an die Jahre 1933–1945.
2. Flyer: Wanderausstellung „Die Orte bleiben“
3. Thematische Schwerpunkte in den mit Ausstellungen versehenen Gedenkstätten
4. Auflistung der Tafeln im Rahmen der Programme „Stätten der Verfolgung und des Widerstandes 1933–1945“ und „Stätten jüdischen Lebens“
5. Konzeptskizze Lohsepark und Gedenkort Ehem. Hannoverscher Bahnhof